

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung des

Rates der Stadt Brakel
am 01.02.2001
in Brakel, Sitzungssaal der "Alte Waage"

Beginn: **18.00 Uhr**

Ende: **20.30 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Friedhelm Spieker die Ratsmitglieder:	
CDU Allerkamp, Franz-Hermann Beyermann, Elisabeth Gerdes, Ferdinand Giefers, Raimund Grewe, Ursula Krömeke, Johannes ab TOP 3 Lange, Heinz Lohre, Helmut Muhr, Adolf Neu, Walburga Peter, Bernd Pott, Wilfried Rose, Walter Röben, August Schonlau, Gustav Waldeyer, Peter Wulff, Michael	SPD Aßmann, Peter Korte, Ekkehard Kruse, Johannes Löffelbein, Angelika Multhaupt, Hans-Jürgen Schrader, Helmut UWG/CWG Gönnewicht, Erwin Rissing, Robert Rohde, Burkhard Rox, Franz Wintermeyer, Paul BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Ahrens, Stephan Schulte, Meinolf
Von der Verwaltung nehmen teil: StVR Hermann Temme StBOAR Rudolf Rode StHS Ulrike Kröger	Es fehlen die Ratsmitglieder: Fricke, Magdalene Nolte, Frank

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Auf Antrag des **Bürgermeisters** wird durch **einstimmigen** Beschluss die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 1 b „Dreijahresvertrag für das Festzelt Kirchplatz“ erweitert, der Tagesordnungspunkt 1 in 1 a umbenannt und der Tagesordnungspunkt 5 „Einziehung einer öffentlichen Wegefläche in der Straße Heilige Seele – Einwendungen eines Betroffenen“ abgesetzt, da hier der Haupt- und Finanzausschuss zuständigkeitshalber bereits am 25.01.2001 beschlossen hat.

Im Anschluss wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

A) Öffentliche Sitzung

1a. Festlegung der Standgelder (Annentag, Frühlingskirmes, Nikolausmarkt) für die Jahre 2001 - 2003

Drucksache-Nr.: 111

Berichterstatter: Bürgermeister

Ratsherr **Lange** erklärt sich vor Eintritt in die Verhandlung gegenüber dem Bürgermeister gem. § 31 GO NRW i.V.m. § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Brakel für befangen, begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teil.

Ratsherr **Wintermeyer** regt für die Zukunft an, eine gemeinsame Beratung mit den Schaustellern in dieser Angelegenheit nicht mehr anzustreben, da wie sich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.01.2001 gezeigt hat, die Diskussion entsprechend ausgeweitet wird. Es sollte vielmehr darauf hingewirkt werden, dass der Bürgermeister derartige Verhandlungen mit den Schaustellern allein führt, um in der Sitzung eine reibungslose Beratung und Beschlussfassung erwirken zu können.

Bürgermeister **Spieker** bringt ebenfalls sein Bedauern über den Verlauf der o.g. Sitzung zum Ausdruck und stellt klar, dass seitens der Verwaltung nicht bekannt war, dass derart viele Schausteller an der Sitzung teilnehmen und ihre Einzelprobleme vortragen. Es war vielmehr angestrebt worden, die Ausführungen des Vorsitzenden des Schaustellerbundes, aufgrund der öffentlichen Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt, allen Interessierten zugänglich zu machen.

Ratsherr **Abmann** ist der Auffassung, dass bei der Beibehaltung der jetzigen Tarife auf einen Zeitraum von 4 Jahren gerechnet bei der allgemeinen Preisentwicklung in jedem Fall eine entsprechende Kostensenkung erreicht wird. Er stellt seitens der SPD-Fraktion den Antrag, den Beschluss dahingehend zu ändern, die jetzigen Standgeldtarife für die Jahre 2001-**2004** festzuschreiben.

Ratsherr **Schulte** schließt sich den Ausführungen des Ratsherrn Abmann an, möchte jedoch darauf hinwirken, dass im Bereich der großen Fahrgeschäfte in jedem Fall Standgeldsenkungen vorgenommen werden, um neue Attraktionen nach Brakel holen zu können. Zu seiner Anmerkung, dass bei den bisherigen Schaustellerversammlungen aus Anlass des Annentages keine Standgeldkritik seitens der Betroffenen angebracht wurde, verweist Bürgermeister **Spieker** auf die Stellungnahme des Vorsitzenden des Dt. Schaustellerbundes, Herrn Krameyer, dass die Schausteller ihre Kritik aufgrund von Existenzängsten nicht frei zum Ausdruck bringen.

Ratsherr **Schulte** stellt den Antrag, die jetzigen Standgeldtarife für die Jahre 2001-**2004** beizubehalten, jedoch die Standgelder des Titel 1 entsprechend zu senken. Bürgermeister Spieker stellt den **weitestgehenden Antrag** des Haupt- und Finanzausschusses, die Standgeldtarife für die städt. Kirmessen für die Jahre 2001-2003 wie in der Anlage dargestellt zu beschließen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt mit 20 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen **mehrheitlich** die nachfolgend dargestellten Standgeldtarife für die städtischen Kirmessen für die Jahre 2001-2003:

Geschäftsart	Standgeld DM bis 2000	Standgeld DM bis 2001	Standgeld , 2002/2003
Titel 1:			
Fahr- u. Schaugeschäfte			
a) Neuheiten Attraktionen	1.800,00	1.500,00	767,00
b) Normale Geschäfte			
ba) Autoscooter, Go-Kart-Bahnen ect.	1.700,00	1.400,00	716,00
bb) Riesenrad, Musikexpress, Kettenkar. ect.	1.600,00	1.300,00	665,00
c) Kinderfahrgeschäfte über 10 m Ø	1.000,00	800,00	409,00
Kinderfahrgeschäfte unter 10 m Ø		600,00	307,00
d) Schaugeschäfte (ohne Beförderung)	840,00	600,00	307,00
Titel 6:			
Ausschankbetriebe			
a) Ausschank für Viehmarkt	800,00	1.000,00	511,00
b) Ausschank Annentagsgelände	1.500,00	1.800,00	920,00
c) Reisende Gastronomie (Imbiss+Ausschank)	2.000,00	2.500,00	1.278,00
d) Festzelte	3.000,00		
Festzelte pro qm Grundfläche		8,00	4,00
e) Zuschlag für Sitzgelegenheiten direkt am Geschäft	250,00	300,00	153,00
Titel 7:			
Verkaufsgeschäfte			
(ambulanter u. ortsansässiger Handel)			
a) bis 5 m Frontbreite	125,00		
b) bis 8 m Frontbreite	145,00		
c) bis 10 m Frontbreite	170,00		
d) bis 12 m Frontbreite	190,00		
e) bis 15 m Frontbreite	210,00		
f) bis 20 m Frontbreite	230,00		
lfd. Meter Frontbreite		20,00	10,00
mindestens jedoch		120,00	61,00

Für die Titel 2, 3, 4, 5 und 8 wird der Standgeldtarif aus dem Jahr 2000 für die Jahre 2001 – 2003 zugrunde gelegt.

1b. Dreijahresvertrag für das Festzelt Kirchplatz

Drucksache-Nr.: 121

Berichterstatter: Bürgermeister

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** mit dem Festwirt Andreas Clemens für die Annentage 2001 – 2003 einen Dreijahresvertrag nach den in der Vorlage genannten Kriterien abzuschließen.

2. Antrag der SPD-Fraktion

⇒ Förderung des Aktionsprogrammes des Kreissportbundes Höxter
„Kinder in Bewegung“

Drucksache Nr.: 112

Berichterstatter: Ratsherr Aßmann

Ratsherr **Aßmann** bringt zum Ausdruck, dass er die Initiative zur Förderung der Kinder aufgrund der Anleitung durch entsprechendes Fachpersonals für äußerst wichtig hält und bittet zu bedenken, dass in der heutigen Zeit sehr viele Kinder an Übergewichtigkeit leiden und nicht aus Eigeninitiative die Sportvereine aufsuchen. Das Interesse der Kinder für den Sport sollte durch dieses Programm geweckt werden, was anschließend auch den Sportvereinen der Großgemeinde Brakel zugute kommen wird.

Zu der Anmerkung des Ratsherrn **Korte** bzgl. der Realisierungsmöglichkeiten innerhalb der Kindergärten erklärt StVR **Temme**, dass die von der AOK angebotenen Kurse bei entsprechender Nachfrage zustandekommen und durch ausgebildete Sportpädagogen geleitet werden.

Ratsherr **Aßmann** hält seinen Antrag: *„Die Verwaltung wird beauftragt, die Aktion des Kreissportbundes zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass alle Kindergärten im Stadtgebiet das Aktionsprogramm gemeinsam mit dem Kreissportbund durchführen. Dies soll in einem ersten Schritt durch entsprechende Fortbildung geschehen. Später ist eine langfristige Kooperation zwischen den Kindergärten – später auch mit den Schulen und Sportvereinen vor Ort aufzubauen. Der Auftakt dazu soll ein Gespräch mit den Vertretern der Kindergärten, der Grundschulen, der Sportvereine und des Kreissportbundes auf Einladung des Bürgermeisters sein.“* aufrecht.

Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat die Beschlussempfehlung gibt, die Kindergärten mit dem Hinweis auf das AOK-Programm anzuschreiben und eine entsprechende Teilnahmeempfehlung auszusprechen.

Bürgermeister **Spieker** lässt zunächst über den weitestgehenden Antrag des Ratsherrn Aßmann seitens der SPD-Fraktion beschließen.

Beschluss:

Der Rat spricht sich mit 8 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen **mehrheitlich gegen** den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion aus.

Der Rat beschließt anschließend mit 24 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen **einstimmig**:

„Die Kindergärten werden von der Verwaltung mit dem Hinweis auf das AOK-Programm und einer entsprechenden Teilnahmeempfehlung angeschrieben.“

3. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit Anlagen der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2001

Drucksache Nr.: 113

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** geht in seiner Berichterstattung auf den am 13.12.2000 im Rat eingebrachten Entwurf der Haushaltssatzung 2001 ein und erläutert die notwendig gewordene Rücklagenentnahme i.H.v. 1,2 Mio. DM.

Bürgermeister **Spieker** fragt an, ob seitens der Ratsfraktionen Anträge zum Haushalt 2001 gestellt werden. Da dieses nicht der Fall ist, nehmen die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen anschließend zum Entwurf der Haushaltssatzung 2001 mit Anlagen wie folgt Stellung:

CDU-Fraktion

Ratsherr **Lohre** geht in seiner Berichterstattung auf die Problematik der städtischen Finanzsituation ein, die immer sehr stark abhängig vom Verhalten der Bundes- und Landespolitik ist. Er kritisiert hier insbesondere das Sparprogramm, Steuerentlastungsgesetz und das kürzlich verabschiedete Steuersenkungsgesetz, das eine unverhältnismäßig hohe Kostenbeteiligung der Kommunen mit sich bringt. Ratsherr **Lohre** stellt fest, dass Investitionsquoten und Personalbestand im kommunalen Bereich einen Tiefpunkt erreicht haben und die Gemeinden seit 1992 über 300.000 Stellen abgebaut haben.

Im Haushaltsplanentwurf der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2001 sieht die CDU-Fraktion im Bereich des Verwaltungshaushaltes keine weiteren Einsparmöglichkeiten. Der Vermögenshaushalt, der mit 15 Mio. DM abschließt, wird im Jahr 2001 ohne Kreditaufnahmen auskommen. Ratsherr **Lohre** erklärt, dass seitens der CDU-Fraktion keine Anträge zum Haushalt 2001 gestellt werden, um die finanzielle Verschuldung nicht weiter anwachsen zu lassen. Es sollte auch weiterhin das Ziel sein, zukünftig nur die Maßnahmen durchzuführen, die zu keiner weiteren Nettoneuverschuldung der Haushaltssituation führen. Ratsherr **Lohre** schließt mit einem Dank an Bürgermeister Spieker und die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

SPD-Fraktion

Ratsherr **Aßmann** verdeutlicht in seinen Ausführungen, dass die Stadt Brakel in der Zeit von 1990 – 1999 Landeszuweisungen i.H.v. insgesamt 211.881,00 Mio. DM erhalten hat. Er äußert seine Bedenken, dass seitens der SPD-Fraktion langfristig kein unausgeglichener Haushalt mehr hingenommen werden kann. Ratsherr **Aßmann** geht in seiner weiteren Berichterstattung auf die Forderung zur Erneuerung des Physikraumes in der Realschule Brakel ein und unterstützt in diesem Zusammenhang den Versuch des Bürgermeisters die Mittel für die Medienausstattung an den Schulen durch Sponsoren zu finanzieren. Die SPD-Fraktion regt zudem an, zusätzlich zur Bürgersprechstunde und dem Amtsblatt „Brakel extra“, Einwohner an wichtigen städt. Planungen zu beteiligen, indem sie schriftlich zu Einwohnerversammlungen eingeladen werden und sich so an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen können.

Er regt zudem an, sich in den kommenden Jahren mehr mit der Trinkwassergewinnung in der Großgemeinde Brakel zu beschäftigen. Er bedankt sich und beendet seine Ausführungen mit der Bitte um einen besseren Informationsfluss bei Planungsvorhaben und einer flächendeckenderen Verteilung des Brakeler Amtsblattes.

UWG/CWG-Fraktion

Ratsherr **Wintermeyer** bringt in seiner Haushaltsrede zum Ausdruck, dass die Finanzlage der kommenden Jahre keinen Spielraum mehr zulässt. Dieses ist wohl vorwiegend auf die Mindereinnahmen der Unternehmenssteuerreform, die rückläufigen Schlüsselzuweisungen und die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurückzuführen. Gerade die örtlichen Gewerbebetriebe haben in den letzten Jahren durch die Zahlung der Gewerbesteuer die Grundlage des städt. Haushaltes geschaffen, so dass hier nicht noch mehr erwartet werden kann.

Ratsherr **Wintermeyer** sieht in dem vorgelegten Haushaltsplan 2001 eine insgesamt gelungene Sparausgabe und stellt fest, dass der Plan ausgeglichen ist und keine Nettoneuverschuldung vorsieht. Es ist in den nächsten Jahren jedoch unumgänglich, höhere Mittel für die Unterhaltung der Wirtschaftswege und den Bau der Turnhalle „Klöckerstraße“ einzuplanen. Die UWG/CWG-Fraktion hat dem Projekt „Poetische Landschaft“ im letzten Sommer zugestimmt, sieht jetzt jedoch die Gefahr, dass die jährlichen Kostenanteile von 100.000,00 DM nicht wieder eingenommen werden können. Er schließt seine Ausführungen mit einem Dank an die Verwaltung und dem Ziel, sich auch im kommenden Jahr aktiv für die Fortentwicklung der Stadt Brakel einzusetzen.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ratsherr **Schulte** bittet in seiner Haushaltsrede die Mitglieder der anderen Ratsfraktionen, bei einer künftigen Entscheidungsfindung nicht nur die finanziellen Auswirkungen zu prüfen, sondern auch ökonomische Aspekte einfließen zu lassen. Er kritisiert die durch Einführung der Einheitsspitze resultierende Chancenungerechtigkeit der kleineren Fraktionen, da die Darstellung eigener Vorstellungen nicht mehr realisiert werden kann.

Die Grundaussage des Haushaltsplanes 2001 – wir können nicht mehr ausgeben als einnehmen – sieht er als richtig an und wird daher seitens seiner Fraktion keine Anträge mit großen Mehrbelastungen sondern lediglich Wünsche äußern. Die Schiedsmannvergütung sollte in jedem Fall erhöht werden, denn auch das Ehrenamt kann nicht ganz ohne finanzielle Unterstützung auskommen. Die Privatisierung der Gebäudereinigung in den Schulen gibt Anlass zur Kritik, es sollte hier nicht das günstigste Angebot favorisiert werden, sondern darauf geachtet werden, dass die erforderlichen Leistungen auch unter humanen und sozialverträglichen Bedingungen erbracht werden. Ratsherr **Schulte** drückt seine Zustimmung über die zukunftsweisenden Projekte „Ferienpark Gehrden“ und „Poetische Landschaft“ aus, weist aber in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit des Turnhallenbaus „Klöckerstraße“ hin. Im Anschluss bedankt sich Ratsherr **Schulte** für die Aufmerksamkeit der Zuhörer und beendet seine Berichterstattung.

Im Anschluss an die Haushaltsreden bedankt sich Bürgermeister **Spieker** bei den Ratsfraktionen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Beschluss :

Der Rat beschließt **einstimmig**, den Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2001 und die Wirtschaftspläne des Wasser- und Abwasserwerkes der Stadt Brakel für das Wirtschaftsjahr 2001.

Haushaltssatzung der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2001

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 07 1994 (GV. NW. S. 666), in der zur Zeit gültigen Fassung, hat der **Rat der Stadt Brakel** mit Beschluss vom 01.02.2001 folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001**, der für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	43.983.571,00 DM
in der Ausgabe auf	43.983.571,00 DM

im **Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	15.465.043,00 DM
in der Ausgabe auf	15.465.043,00 DM

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2001 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf **1.150.000,00 DM** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **1.540.000,00 DM** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2001 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **4.000.000,00 DM** festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze** für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2001 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (**Grundsteuer A**)
auf **240 v. H.**
- 1.2 für die Grundstücke (**Grundsteuer B**)
auf **330 v. H.**

2. Gewerbesteuer

nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital auf **380 v. H.**

§ 6

Haushaltssicherungskonzept entfällt.

§ 7

1. Als "**künftig umzuwandelnd (ku)**" bezeichnete Planstellen der Angestellten und Arbeiter sind bei Freiwerden nach Maßgabe der Erläuterungen des Stellenplanes in niedrigeren Vergütungs- bzw. Lohngruppen auszuweisen.
2. Soweit im Stellenplan der Vermerk "**künftig wegfallend (kw)**" angebracht ist, dürfen diese Stellen, soweit sie frei werden, nicht mehr besetzt werden.

§ 8

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Sinne des § 82 GO NW sind **geringfügig**:

1. wenn sie nicht einen Betrag von 2.000,00 DM überschreiten.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Sinne des § 82 GO NW sind **unerheblich**:

1. bei gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen,
2. bei der Umschuldung von Krediten,
3. bei inneren Verrechnungen,
4. wenn sie nicht einen Betrag von 10.000,00 DM überschreiten,
5. über 10.000,00 DM, wenn sie den Haushaltsansatz um nicht mehr als 25 % überschreiten.

4. Mögliche Auflösung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft OWL

Drucksache Nr.: 114

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieler** stellt dar, dass die Aufgaben der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft OWL (KAG) seit dem 01. Januar 2001 auf Bezirksebene durch einen Regionalbeirat wahrgenommen werden. Aufgaben, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Regionalbeirates fallen, wird künftig die OWL Marketing erledigen.

Ratsherr **Aßmann** äußert seine Bedenken, dass bei dem künftigen Regionalbeirat die Mitwirkung der Kommunen verloren geht, da nicht wie bislang 69 Vertreter der Gemeinden, sondern lediglich 1 Person kreisweit dem Gremium angehört.

Beschluss :

Der Rat beschließt mit 26 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich**: "Aufgrund der im Sachverhalt dargestellten Gründe wird der Auflösung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft OWL zugestimmt."

6.21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brakel Golfplatz Gehrden

⇒ Feststellungsbeschluss

Drucksache Nr.: 116

Berichterstatter: StBOAR Rode

Beschluss :

Der Rat der Stadt Brakel stellt diesen Entwurf mit 26 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen **einstimmig** fest. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einholung der Genehmigung der Bezirksregierung die Verbindlichkeit der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes herbeizuführen.

7.22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brakel *ehe maliges Nethegaustadion*

⇒ Feststellungsbeschluss

Drucksache Nr.: 117

Berichterstatter: StBOAR Rode

Nach der Sachverhaltsdarstellung durch StBOAR **Rode** erklärt Ratsherr **Korte**, dass im Vorfeld viele Diskussionen in dieser Angelegenheit geführt wurden. Er stellt dar, dass das Konzept von seiner Fraktion nicht getragen werde und Zweifel an dem gesamten Projekt bestehen. Entsprechend dem Antrag des Ratsherrn **Korte** wird einvernehmlich namentlich abgestimmt:

Beschluss :

Der Rat der Stadt Brakel stellt den v.g. Entwurf durch abschließenden Beschluss mit 18 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen **mehrheitlich** fest. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einholung der Genehmigung der Bezirksregierung die Verbindlichkeit der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes herbeizuführen.

Die Ratsmitglieder haben wie folgt abgestimmt:

Ahrens, Stephan	<i>Nein</i>
Allerkamp, Franz, Hermann	<i>Ja</i>
Aßmann, Peter	<i>Nein</i>
Beyermann, Elisabeth	<i>Ja</i>
Gerdes, Ferdinand	<i>Ja</i>
Giefers, Raimund	<i>Ja</i>
Gönnewicht, Erwin	<i>Nein</i>
Grewe, Ursula	<i>Ja</i>
Korte, Ekkehard	<i>Nein</i>
Krömeke, Johannes	<i>Ja</i>
Kruse, Johannes	<i>Nein</i>
Lange, Heinz	<i>Ja</i>
Löffelbein, Angelika	<i>Nein</i>
Lohre, Helmut	<i>Ja</i>
Muhr, Adolf	<i>Ja</i>
Multhaupt, Hans-Jürgen	<i>Nein</i>

Neu, Walburga	<i>Ja</i>
Peter, Bernd	<i>Ja</i>
Pott, Wilfried	<i>Ja</i>
Rissing, Robert	<i>Nein</i>
Röben, August	<i>Ja</i>
Rohde, Burkhard	<i>Nein</i>
Rose, Walter	<i>Ja</i>
Rox, Franz	<i>Nein</i>
Schonlau Gustav	<i>Ja</i>
Schrader, Helmut	<i>Nein</i>
Schulte, Meinolf	<i>Nein</i>
Waldeyer, Peter	<i>Ja</i>
Wintermeyer, Paul	<i>Nein</i>
Wulff, Michael	<i>Ja</i>
Spieker Friedhelm	<i>Ja</i>

8.23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Brakel *In dustriegebiet Brakel-West-Riesel / Reithalle Bellersen*

⇒ Feststellungsbeschluss

Drucksache Nr.: 118

Berichterstatter: StBOAR Rode

Nach einer Darstellung des Sachverhaltes durch StBOAR **Rode**, fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss :

Der Rat der Stadt Brakel stellt den v.g. Entwurf durch **einstimmigen** abschließenden Beschluss fest. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Einholung der Genehmigung der Bezirksregierung die Verbindlichkeit der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes herbeizuführen.

9. Umgestaltung der *Burgstraße* im historischen Stadtkern der Kernstadt Brakel

⇒ Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW

Drucksache Nr.: 119

Berichterstatter: StBOAR Rode

Beschluss :

Der Rat beschließt **einstimmig**, eine Einwohnerversammlung gem § 23 GO NRW i.V.m. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Brakel zur Unterrichtung der Bürger über die anstehende Umgestaltung der *Burgstraße* im historischen Stadtkern der Kernstadt Brakel durchzuführen. Sie findet am **Dienstag, dem 20.02.2001 um 19.00 Uhr im Sitzungssaal der „Alte Waage“ in Brakel** statt. Folgende Mitglieder des Rates werden zur Teilnahme an der Versammlung bestimmt:

CDU-Fraktion:

Ratsherr Walter Rose

Ratsfrau Elisabeth Beyermann (*als Vertreterin*)

SPD-Fraktion:

Ratsherr Peter Aßmann

Ratsherr Ekkehard Korte (*als Vertreter*)

UWG/CWG-Fraktion:

Ratsherr Robert Rissing

Ratsherr Franz Rox (*als Vertreter*)

Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN:

Ratsherr Meinolf Schulte

Ratsherr Stephan Ahrens (*als Vertreter*)

10. Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Bökendorf im Rahmen der Dorferneuerung

⇒ Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW

Drucksache Nr.: 120

Berichterstatter: StBOAR Rode

Beschluss :

Der Rat beschließt **einstimmig**, eine Einwohnerversammlung gem § 23 GO NRW i.V.m. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Brakel zur Unterrichtung der Bürger über

die anstehende Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Bökendorf im Rahmen der Dorferneuerung durchzuführen. Sie findet am **Montag, dem 19.02.2001 um 19.00 Uhr in der Sport- und Freizeithalle Bökendorf** statt. Folgende Mitglieder des Rates werden zur Teilnahme an der Versammlung bestimmt:

CDU-Fraktion:

Ratsfrau Ursula Grewe
Ratsherr Gustav Schonlau (*als Vertreter*)

SPD-Fraktion:

Ratsfrau Angelika Löffelbein
Ratsherr Ekkehard Korte (*als Vertreter*)

UWG/CWG-Fraktion:

Ratsherr Erwin Gönnewixht
Ratsherr Burkhard Rohde (*als Vertreter*)

Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN:

Ratsherr Stephan Ahrens
Ratsherr Meinolf Schulte (*als Vertreter*)

11. Bekanntgaben der Verwaltung

Berichterstatter: Bürgermeister

Enteignungs- u. Entschädigungsfestsetzungsverfahren

Bürgermeister **Spieker** gibt bzgl. des beantragten Enteignungs- und Entschädigungsfestsetzungsverfahren nach dem BauGB für das betroffene Grundstück Gemarkung Brakel, Flur 12, Flurstück 37 den Termin zur mündlichen Verhandlung, Dienstag, 13.02.2001, 10.30 Uhr, im Haus des Gastes, Raum 11, bekannt.

12. Anfragen der Ratsmitglieder

Ampelanlage „Am Thy“

Auf Anfrage des Ratsherrn **Wintermeyer**, ob im Bereich der Ampelanlage „Am Thy“ im Hinblick auf die Verkehrsführung noch Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen sind, teilt StBOAR **Rode** mit, dass hier derzeit noch an Verbesserungsmöglichkeiten gearbeitet wird und noch kein abschließendes Ergebnis vorgelegt werden kann.

Turnhallenkapazität in der Stadt Brakel

Ratsherr **Korte** bemängelt, dass die Kapazität der städtischen Turnhallen nicht zufriedenstellend ist. Bürgermeister **Spieker** stellt klar, dass bereits Verträge mit dem Kolping-Berufsbildungswerk und dem Kreis Höxter bzgl. der Nutzung der

Kreissporthalle ausgearbeitet wurden. Die Vereine wurden zudem seitens der Verwaltung angeschrieben, dass sie sofern keine Meisterschaftsspiele stattfinden, die Großsporthalle „Am Bahndamm“ auch an den Samstagen gegen eine geringe Gebühr nutzen können. Bürgermeister **Spieker** gibt weiterhin zu bedenken, dass die Sporthalle auf dem ehemaligen Natogelände den Sportvereinen zur Nutzung angeboten wurde und hier kein Interesse bekundet wurde.

Fußgängerampel in der Nieheimer Straße

Die Anfrage des Ratsherrn **Kruse**, die Ampelanlage im Bereich „Nieheimer Straße“ mit einem zusätzlichen Blinklicht für die Autofahrer zu versehen, sofern die Fußgängerampel „grün“ anzeigt, beantwortet StBOAR **Rode** dahingehend, dass dieses gemäß der Straßenverkehrsordnung nicht vorgeschrieben ist.

13. Anfragen der Zuhörer

Anfragen der Zuhörer ergeben sich nicht.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und damit ist die Tagesordnung erledigt. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

Spieker
(Bürgermeister)

Kröger
(Schriftführerin)